

## DEBATTE

**WOLFGANG BENEDEK**  
meint, die Kapazitätsgröße sei  
eine politische Größe.



## Gegen eine polarisierende Obergrenze

**D**ie Diskussion um eine Obergrenze für die Aufnahme von Flüchtlingen führt zu einer falschen Polarisierung. Es muss jedem vernünftig denkenden Menschen klar sein, dass Österreich nicht alle potenziellen Kriegsflüchtlinge dauerhaft aufnehmen kann, ebenso wie eine beliebige Gemeinde nicht alle Flüchtlinge in Österreich aufnehmen kann. Es gibt also durchaus Kapazitätsgrenzen. Entscheidend ist jedoch, welche Schlüsse man daraus zieht und wie ein breiter Konsens über die richtige Vorgangsweise erzielt werden kann.

Dafür sind gewisse Rahmenbedingungen außer Streit zu stellen, wie etwa die Einhaltung der völkerrechtlichen Verpflichtungen im Bereich des Asylrechts oder der Menschenrechte. Dazu gehört etwa die Behandlung von

Asylanträgen nach der Genfer Flüchtlingskonvention oder das Verbot der Diskriminierung bezüglich der Menschenrechte, auch im sozialen Bereich. Auch die Verweigerung eines Familiennachzuges für Flüchtlinge wäre menschenrechtswidrig.

Hinsichtlich der Kapazitätsgrenze ist diese letztlich eine politische Größe. Solange es Gemeinden gibt, die keine Flüchtlinge aufgenommen haben, wird sie noch nicht erreicht sein. Die Aufnahmebereitschaft hängt wiederum von Faktoren wie etwa der Unterstützung durch den Bund und das Land, aber auch

„Es muss jedem vernünftigen Menschen klar sein, dass Österreich nicht alle potenziellen Kriegsflüchtlinge aufnehmen kann.“

der Aufklärung der Bevölkerung in einem möglichst transparenten Prozess der Meinungsbildung, auch unter dem Einbezug der Zivilgesellschaft ab. Hier ist noch viel zu tun. Ängste zu schüren, führt nicht weiter. Fakten sind wichtig, wie dass syrische oder iranische Flüchtlinge im Schnitt besser gebildet sind als Österreicher (AMS), oder dass die Übergriffe in Köln zum überwiegenden Teil durch Marokkaner und Algerier erfolgten.

**A**ber auch für die Flüchtlinge bedarf es einer verbesserten Kommunikation, nicht erst an den österreichischen Grenzen, wo viele mit falschen Erwartungen ankommen. Da es auch unseren Nachbarländern wie etwa Slowenien oder Kroatien nicht zumutbar ist, die durch diese Länder kommenden Flüchtlinge generell zurückzunehmen, weil sie dort schon in Sicherheit waren, müssen so rasch als möglich ein europäisches System der Abklärung und Verteilung an den Außengrenzen sowie eine bessere Unterstützung und Information der Flüchtlinge in Erstaufnahmeländern außerhalb der EU geschaffen werden. Auch bedarf es legaler Zuwanderungsmöglichkeiten, damit die gefährliche Reise über das Meer bzw. mit Schleppern nicht die einzige Option bleibt, etwa auch durch Kontingente, wie sie in kleinem Maßstab schon bisher vereinbart wurden. Die dafür erforderlichen Mittel sind EU-weit aufzubringen, insbesondere auch von denjenigen Staaten, die die Aufnahme von Flüchtlingen verweigern.

**Wolfgang Benedek** leitet das Institut für Völkerrecht der Universität Graz